

München Nord

Aus der Deckung

Auch Feldkirchen will sich nun dazu bereit erklären, zukünftig Asylbewerber aufzunehmen

Feldkirchen – Die Unterbringung von Asylbewerbern im Münchner Umland wird immer schwieriger, das Landratsamt München sucht händeringend nach Flüchtlingsunterkünften. Derzeit leben mehr als 700 Asylsuchende im Landkreis, nach einer aktuellen Prognose wird die Zahl bis zum Jahresende um 500 auf insgesamt 1200 steigen. Die Feldkirchner Grünen-Fraktion hat deshalb jetzt gefordert, dass sich die Gemeinde aktiv an der Suche nach geeigneten Unterkünften beteiligt.

Feldkirchen sei eine der drei letzten Kommunen im gesamten Landkreis, in der noch keine Asylbewerber leben, sagte Silvia Pahl-Leclerque (Grüne) in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag. „Es ist unsere humanitäre Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen“, erklärte die Kommunalpolitikerin, Feldkirchen sei schließlich eine reiche Gemeinde. Die Kommune solle deshalb möglichst schnell mindestens 32 Asylbewerber unterbringen – so viele, wie es das Landratsamt vorgeschlagen habe. Ihren Antrag stützte Pahl-Leclerque auf einen Appell, den der Kreistag im Juli einstimmig verabschiedet hat. Darin werden Gemeinden, Bürgermeister und Bewohner des Landkreises aufgefordert, „größtmögliche Anstrengungen“ zu unternehmen, Unterkünfte zur Verfügung zu stellen „um der Wohnungsnot der Asylbewerber entgegenzutreten“. Die Last sei bisher „noch sehr ungleich auf die Schultern der Landkreisgemeinden verteilt“, heißt es in dem Papier weiter.

Bürgermeister Werner van der Weck (SPD) sprach sich ebenfalls für die Aufnahme von Flüchtlingen aus. In seinem Beitrag im jüngsten Gemeindeblatt hatte er geschrieben, dass das Handeln auch in Feldkirchen zunehmend dringender werde. Es sei aber nicht die Aufgabe der Gemeinde, festzulegen, welche Räume zur Unterbringung der Flüchtlinge geeignet seien, erklärte er. Die Gemeinde könne nur Vorschläge machen, für die Prüfung sei das Landratsamt verantwortlich.

Die Mitglieder aller Fraktionen unterstützten die Antrag der Grünen. Verena Claudi (SPD) bezeichnete die Aufnahme von Asylsuchenden als „sozialen Auftrag“. Sie sprach sich dafür aus, die Flüchtlinge nicht in großen Auffanglagern, sondern dezentral unterzubringen – etwa im alten Rathaus, im ehemaligen Postgebäude oder in den Räumen der Volkshochschule. Alexander Zimmermann von der Unabhängigen Wählervereinigung (UWV) unterstützte diesen Vorschlag ausdrücklich: „Nur so ist eine gute Integration möglich.“ Herbert Vanvolsem (CSU) plädierte schließlich dafür, minderjährige unbegleitete Flüchtlinge im Feldkirchner Kinderheim zu beherbergen. Dort könnten sie am besten betreut werden.

Thorsten Guhlke (SPD) forderte Bürger und ortsansässige Gewerbetreibende dazu auf, sich an der Suche nach geeigneten Räumen zu beteiligen und schlug vor, eine entsprechende Annonce im Gemeindeblatt zu schalten. Seine Parteifreundin Verena Claudi betonte die Verantwortung der Kirchen und regte an, beide Feldkirchner Pfarrgemeinden um Unterstützung bei der Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden zu bitten. Die Kommunalpolitiker beauftragten schließlich einstimmig die Feldkirchner Verwaltung, geeignete Räume und Flächen für die Unterbringung von Asylbewerbern zu suchen und diese dann in der nächsten Gemeinderatssitzung im Oktober vorzustellen.

Dort wird über die Vorschläge abgestimmt, danach legt dann die Kommune dem Landratsamt eine Liste mit möglichen Flüchtlingsunterkünften vor. Bürgermeister van der Weck resümierte: „Wir sind uns alle einig, dass gehandelt werden muss.“ Markus Hensel

Aus der Deckung

Auch Feldkirchen will sich nun dazu bereit erklären, zukünftig Asylbewerber aufzunehmen

Feldkirchen – Die Unterbringung von Asylbewerbern im Münchner Umland wird immer schwieriger, das Landratsamt München sucht händeringend nach Flüchtlingsunterkünften. Derzeit leben mehr als 700 Asylsuchende im Landkreis, nach einer aktuellen Prognose wird die Zahl bis zum Jahresende um 500 auf insgesamt 1200 steigen. Die Feldkirchner Grünen-Fraktion hat deshalb jetzt gefordert, dass sich die Gemeinde aktiv an der Suche nach geeigneten Unterkünften beteiligt.

Feldkirchen sei eine der drei letzten Kommunen im gesamten Landkreis, in der noch keine Asylbewerber leben, sagte Silvia Pahl-Leclerque (Grüne) in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag. „Es ist unsere humanitäre Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen“, erklärte die Kommunalpolitikerin, Feldkirchen sei schließlich eine reiche Gemeinde. Die Kommune solle deshalb möglichst schnell mindestens 32 Asylbewerber unterbringen – so viele, wie es das Landratsamt vorgeschlagen habe. Ihren Antrag stützte Pahl-Leclerque auf einen Appell, den der Kreistag im Juli einstimmig verabschiedet hat. Darin werden Gemeinden, Bürgermeister und Bewohner des Landkreises aufgefordert, „größtmögliche Anstrengungen“ zu unternehmen, Unterkünfte zur Verfügung zu stellen „um der Wohnungsnot der Asylbewerber entgegenzutreten“. Die Last sei bisher „noch sehr ungleich auf die Schultern der Landkreisgemeinden verteilt“, heißt es in dem Papier weiter.

Bürgermeister Werner van der Weck (SPD) sprach sich ebenfalls für die Aufnahme von Flüchtlingen aus. In seinem Beitrag im jüngsten Gemeindeblatt hatte er geschrieben, dass das Handeln auch in Feldkirchen zunehmend dringender werde. Es sei aber nicht die Aufgabe der Gemeinde, festzulegen, welche Räume zur Unterbringung der Flüchtlinge geeignet seien, erklärte er. Die Gemeinde könne nur Vorschläge machen, für die Prüfung sei das Landratsamt verantwortlich.

Die Gemeinde ist eine der drei letzten Kommunen, in der noch keine Flüchtlinge leben

Die Mitglieder aller Fraktionen unterstützten die Antrag der Grünen. Verena Claudi (SPD) bezeichnete die Aufnahme von Asylsuchenden als „sozialen Auftrag“. Sie sprach sich dafür aus, die Flüchtlinge nicht in großen Auffanglagern, sondern dezentral unterzubringen – etwa im alten Rathaus, im ehemaligen Postgebäude oder in den Räumen der Volkshochschule. Alexander Zimmermann von der Unabhängigen Wählervereinigung (UWV) unterstützte diesen Vorschlag ausdrücklich: „Nur so ist eine gute Integration möglich.“ Herbert Vanvolsem (CSU) plädierte schließlich dafür, minderjährige unbegleitete Flüchtlinge im Feldkirchner Kinderheim zu beherbergen. Dort könnten sie am besten betreut werden.

Thorsten Guhlke (SPD) forderte Bürger und ortsansässige Gewerbetreibende dazu auf, sich an der Suche nach geeigneten Räumen zu beteiligen und schlug vor, eine entsprechende Annonce im Gemeindeblatt zu schalten. Seine Parteifreundin Verena Claudi betonte die Verantwortung der Kirchen und regte an, beide Feldkirchner Pfarrgemeinden um Unterstützung bei der Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden zu bitten. Die Kommunalpolitiker beauftragten schließlich einstimmig die Feldkirchner Verwaltung, geeignete Räume und Flächen für die Unterbringung von Asylbewerbern zu suchen und diese dann in der nächsten Gemeinderatssitzung im Oktober vorzustellen.

Dort wird über die Vorschläge abgestimmt, danach legt dann die Kommune dem Landratsamt eine Liste mit möglichen Flüchtlingsunterkünften vor. Bürgermeister van der Weck resümierte: „Wir sind uns alle einig, dass gehandelt werden muss.“

MARKUS HENSEL

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Samstag, den 13. September 2014, Seite 7